

NIE WIEDER FASCHISMUS! DIE IG BAU IN VIELFALT VEREINT

„Die IG BAU bekennt sich zur demokratischen und sozialen Grundordnung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.“ So steht es seit der Gründung in Paragraph 3 der IG BAU-Satzung.

Während es in den letzten Jahrzehnten zu unserer Alltagsarbeit gehörte, Angriffe auf die soziale Grundordnung abzuwehren, gerät heute auch die demokratische Grundordnung immer stärker in Bedrängnis. Rechte Parolen drängen in den öffentlichen Diskurs, ihre Sprecher richten sich gegen die offene Gesellschaft, bedrohen Minderheiten und diffamieren Andersdenkende. Verbale Gewalt schlägt regelmäßig in physische um, während der Ruf nach einer autoritären Ordnung in ganz Europa und anderen Teilen der Welt lauter wird.

Diese Entwicklung erfordert unsere Antworten und unser geschlossenes Handeln, denn wir wissen aus der Vergangenheit, dass eine starke Rechte immer zu einer Schwächung bis hin zur Auflösung unserer Bewegung geführt hat.

Die nachfolgenden fünf Grundsätze spiegeln unser Verständnis von Demokratie und Solidarität, das maßgeblich ist für das Handeln der IG BAU und ihrer haupt- und ehrenamtlichen Mitglieder. Gemeinsam setzen wir uns für Respekt, Vielfalt und für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten in unseren Branchen ein.

1. Menschenrechte verteidigen

Die IG BAU bekennt sich zum Grundgesetz und zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: Alle Menschen besitzen eine unverletzliche und unveräußerliche Würde. Sie sind frei und haben die gleichen Rechte unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion, ihrer Herkunft oder sonstiger Merkmale und Neigungen.

Die Debatte um Flucht und Migration hat Stimmen Gehör verschafft, die diese Prinzipien infrage stellen. Der Hass der Rechten richtete sich schon vor der Gründung von AfD und Pegida gegen Minderheiten; gegen Juden, Sinti, Roma, Muslime, sexuelle

Minderheiten, Obdachlose, behinderte Menschen und generell gegen alle Menschen, die als nichtdeutsch wahrgenommen werden. Neu ist, dass Geflüchtete im Zentrum des Ressentiments stehen. Die Ablehnung reicht weit in die bürgerliche Politik und die sogenannte Mitte der Gesellschaft. Die Debatte darüber, ob es legitim sei, Menschen im Mittelmeer ertrinken zu lassen, veranschaulicht dies auf zynische Weise.

Die IG BAU wehrt sich gegen diese Verrohung des Diskurses. Wir stellen uns entschlossen einer Politik der Abschottung, Ausgrenzung und Kriminalisierung von Geflüchteten entgegen, die mit den oben genannten Menschenrechten nicht in Einklang zu bringen ist – Rassismus tötet; eine rassistische Gesetzgebung tut es auch.

2. Klare Kante gegen Rechts zeigen

Rechte Grenzverletzungen werden häufig verharmlost und verteidigt mit dem Satz, man müsse doch noch sagen dürfen oder man sage nur seine Meinung. Das Recht auf freie Meinungsäußerung hat für die IG BAU jedoch dort seine Grenzen, wo es als Instrument der Unterdrückung gegen andere gerichtet wird. Eine klare Grenzziehung nach rechts tut Not, damit Menschenfeindlichkeit nicht zur Normalität werden kann.

Die Alternative für Deutschland hat es zu ihrem Erfolgsrezept gemacht, mit menschen- und demokratieverachtenden Aussagen, aber auch mit Verharmlosungen des Nationalsozialismus zu provozieren. Dass die Partei ansonsten keine Alternativen zu bieten hat, wird immer wieder deutlich: Ob Rente, Wohnungsbau, Klimawandel oder Digitalisierung – die AfD hat für Beschäftigte, Erwerbslose und Rentner_innen keine Antworten auf drängende politische Fragen. Sie will sie nur als Wählermasse für ihre demokratiefeindlichen Bestrebungen gewinnen, die sich auch gegen die Gewerkschaften richten.

Vor diesem Hintergrund und der Erfahrungen mit dem historischen Faschismus nimmt die AfD für die IG BAU eine Sonderstellung unter den im Bundestag vertretenen Parteien ein. Gemeinsam mit unseren Schwestergewerkschaften haben wir auf dem DGB-Bundeskongress 2018 ein geschlossenes „Bekennnis zum Antifaschismus“ als „Grundpfeiler gewerkschaftlicher Arbeit“ abgelegt. Dies ist kein Lippenbekenntnis, sondern Grundlage unserer täglichen Zusammenarbeit.

Unsere Losung lautet: Wenn die IG BAU Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus bekämpfen will, dann muss sie auch zur AfD Haltung annehmen. Dies gelingt uns, indem wir aufklären, uns abgrenzen und uns der AfD auf den Straßen und in den Betrieben in den Weg stellen.



3. Solidarität statt Ausgrenzung

Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund erfahren im Alltag oft Diskriminierung. Ob am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder bei Behördengängen: Wer nicht deutsch aussieht oder einen türkischen Namen trägt, ist oftmals mit Vorurteilen und Ausgrenzung konfrontiert. Dies sind unzumutbare Zustände für die Betroffenen. Und es sind unzumutbare Zustände für alle, die Gleichbehandlung als ein hohes Gut achten.

Die IG BAU setzt auf die Solidarität aller Beschäftigten statt auf Spaltung und Ausgrenzung. Wir wehren uns gegen ein exklusives Verständnis von Solidarität, wie es die AfD propagiert. Unser Zusammenhalt bleibt stark, wo der Horizont der Rechten endet. Gemeinsam wollen wir ein Klima schaffen, in dem die Menschen ihre Potentiale bestmöglich entfalten können und einen Zugang zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. Die IG BAU ist ein verlässlicher Ort für alle Demokratinnen und Demokraten und für diskriminierte Minderheiten.

Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund übernehmen in unserer IG BAU wichtige Aufgaben. In vielen Betrieben sind sie fester Bestandteil betrieblicher Interessenvertretung. Unsere haupt- und ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen setzen sich vor Ort für die Rechte aller Beschäftigten ein, denn die Erfahrung zeigt uns: Erfolgreich sind wir immer dann, wenn die Belegschaft nicht gespalten ist, sondern geschlossen zusammensteht.

4. Faire Arbeit für alle!

Die IG BAU fordert seit jeher: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Unfair geht es jedoch meist dort zu, wo klare Regeln fehlen oder sie nicht nachgehalten werden, wo es keine Tarifbindung und keine betriebliche Mitbestimmung gibt. Ohne Regeln und ausreichende soziale Sicherheit ist es leicht, Beschäftigte gegeneinander auszuspielen. Dies ist zugleich der Nährboden, auf dem der Rechtspopulismus entsteht.



Die IG BAU weist Argumentationen zurück, denen zufolge die Arbeitsbedingungen sich aufgrund neu hinzukommender Beschäftigter z.B. aus dem Kreis der Geflüchteten verschlechtern. Wenn sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern, dann liegt dies an den illegalen oder illegitimen Machenschaften von Arbeitgebern, an einer schlechten Gesetzgebung, fehlenden Kontrollen und – mit einem realistischen Blick auf die Umstände – oftmals auch an der fehlenden Mächtigkeit der Gewerkschaften im Unternehmen.

Das kapitalistische Gesellschaftssystem erzeugt Ungleichheiten, denen die IG BAU auf drei Ebenen begegnet: im Betrieb, in Tarifverhandlungen und gegenüber der Politik. Die Politik muss einen gesetzlichen Rahmen schaffen, der faire Arbeit ermöglicht. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern setzen wir faire Arbeitsbedingungen in Tarifverhandlungen und im Betrieb durch, von denen alle Beschäftigten unabhängig von ihrer Herkunft profitieren sollen.

5. Verantwortung für Demokratie übernehmen

Unser Engagement für Demokratie in Betrieb und Gesellschaft ist eine Querschnittsaufgabe, die wir in der Gremienarbeit, in Betriebsversammlungen, in der Betriebsgruppenarbeit, in Betriebsräten, Personalräten, in unserer Bildungsarbeit, in den Jugend- und Auszubildendenvertretungen und in Bundesfachgruppenkonferenzen gleichermaßen ernstnehmen.

Unsere haupt- und ehrenamtlichen Führungskräfte tragen Verantwortung, die demokratische Werteorientierung der IG BAU vorzuleben. Unsere Gewerkschaftssekretärinnen und Gewerkschaftssekretäre vertreten die demokratischen Grundsätze der IG BAU ebenso aktiv und verhalten sich solidarisch, wenn sie diskriminierende Handlungen beobachten. Auch unsere Betriebsrätinnen und Betriebsräte übernehmen Verantwortung, um ein solidarisches Klima in den Betrieben zu schaffen. Unsere ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionäre stehen in den IG BAU-Gremien auf Bundes- und Bezirksebene für eine Kultur des Miteinanders.

Mit geeinten Kräften schaffen wir ein Bewusstsein in der IG BAU, das es rechtem Gedankengut schwermacht sich auszubreiten. Wir wollen deutlich machen: Es sind die Gewerkschaften, die soziale Errungenschaften erkämpft haben, und es werden auch in Zukunft die Gewerkschaften sein, die für bessere Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten kämpfen. Die IG BAU bildet in diesem Kampf eine starke Einheit in ihrer Vielfalt!

